

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telex: 866846 ppbn d
Telefax: 91520-12

Inhalt

Gernot Erler MdB zur westlichen Balkanpolitik: Fehlprojektionen und Erwartungsfallen.

Seite 1

Dr. Klaus Kübler MdB zur Ernennung des Zivilisten Anand zum Premierminister des südostasiatischen Landes: Demokratieprozeß in Thailand macht Fortschritte.

Seite 3

Herbert Müller MdB zur Notwendigkeit einer Wende in der bayerischen Entwicklungshilfe: Hilfe zur Selbsthilfe gegen den Hungertod leisten.

Seite 3

47. Jahrgang / 111

12. Juni 1992

Fehlprojektionen und Erwartungsfallen

Zur westlichen Balkanpolitik

Von Gernot Erler MdB

Slobodan Milosevic wird vom Westen immer mehr zu einem Saddam Hussein des Balkans hochstilisiert. Es ist immer falsch, Probleme auf eine einzelne Person zu projizieren. Der Westen tut es in diesem Fall besonders lebhaft, weil die Sackgasse der europäischen Jugoslawien-Politik geradezu nach einem das Desaster erklärenden Feindbild ruft. Das Machtbewußtsein und die Kälte des Serbenführers kommen diesem Wunsch weit entgegen. Gefährlich werden solche Projektionen aber, wenn ihre Erfinder anfangen, selbst an sie zu glauben. Plötzlich kommen politische Scheintösungen in die Diskussion - in Jugoslawien das Schlechteste, was die geschundene Zivilbevölkerung in der gegenwärtigen Situation befürchten muß.

Ein Abgang von Präsident Milosevic (schon gibt es Gerüchte, er habe Belgrad verlassen) wäre vordergründig ein Sieg der UN-Sanktionen und des weltpolitischen Drucks auf Serbien. Wahrscheinlich würde die demokratische Opposition, also die serbische Erneuerungsbewegung des Vuk Draskovic und die Demokratische Partei, die allein 900.000 Unterschriften gegen Milosevic sammelte, die Resignation des Präsidenten als ihren Erfolg verbuchen. Die Realität sieht anders aus. Gefährlich wurden für Milosevic die Rücktrittsempfehlungen aus dem eigenen Lager: Von den national gestimmten Bischöfen und Metropolen der serbisch-orthodoxen Kirche und aus der neuen Parlamentsmehrheit vom 31. Mai, die zu 30 Prozent aus den Extremnationalisten der Serbischen Radikalen Partei des Vojislav Sesel besteht.

Diese Kräfte erhoffen sich - nach der vom Westen auf Milosevic zugespitzten Diskussion folgerichtig - von der Demissionierung des Präsidenten eine Aufhebung der UN-Sanktionen und eine Entschärfung der immer bedrohlicher werdenden Möglichkeit eines militärischen Angriffs von außen. Sie sind weit davon entfernt, etwa serbische Ansprüche in Bosnien-Herzegowina aufzugeben. Der Abtritt Milosevics ist in diesem Kontext ein taktisches Opfer. Seine Bereitschaft dazu hat der Serbenpräsident, der sich selbst als 'zu Unrecht schlecht gemachter Führer eines zu Unrecht eingekesselten Staates' sieht, schon vor Tagen erklärt - wenn es denn zur Beendigung der Sanktionen führe!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltfreundlicher Druck
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Wie groß aber wird die allseitige Enttäuschung sein, wenn man nachher feststellt, daß der Krieg in Bosnien-Herzegowina nicht aufhört und womöglich noch neue Unsicherheiten oder sogar gewaltsame Machtkämpfe innerhalb Serbiens hinzukommen! Der Blick auf die barbarische Zerstörung Sarajevos verstimmt der Weltöffentlichkeit den Blick auf den Bürgerkrieg in ganz Bosnien-Herzegowina, an dem sich Serben, Kroaten und Muslime in gleicher Weise beteiligen. In der Logik der insbesondere von Europa und Deutschland unterstützten Neuordnung Jugoslawiens liegt es, daß dort jetzt mit Gewalt ethnisch reine Gebiete geschaffen werden - man weiß ja, daß dies als Voraussetzung zur Anerkennung von Staatsfähigkeit angesehen wird. Dieser gewaltsame Prozeß ist noch lange nicht abgeschlossen, Serben wie Kroaten in Bosnien-Herzegowina erhalten bei ihrer Schlacht um das größte Kuchenstück dieser Republik eifrige Hilfe von außen, aus Belgrad und Zagreb gleichermaßen. Auf sich allein gestellt und damit wahrscheinliche Verlierer sind die Muslime - es sei denn, die Türkei macht doch noch ernst mit ihrem Unterstützungsangebot an die Glaubensbrüder.

Dieser Bürgerkrieg war nach der Unabhängigkeit Sloweniens und dem Kampf um die Grenzen Kroatiens vorauszusehen. Die internationalen Organisationen von UN bis WEU und KSZE, die jetzt alle laut über direkte militärische Interventionen nachdenken, haben keinen Gedanken auf die Frage verschwendet, wie sie den bosnischen Verteilungskampf verhindern könnten. Bis heute gibt es keine politische Konzeption für diese Republik, die ohne Massenumsiedlungen und neue interne Grenzfestlegungen (zum Beispiel von Kantonen) auskommen würde.

Der Westen fordert Serbien ständig auf, die regulären Truppen aus Bosnien-Herzegowina zurückzuziehen - durch den Druck der Sanktionen jetzt allmählich mit Erfolg. Doch wo ziehen sie hin? Beobachter sagen, in die Vojvodina, den Kosovo und nach Sandschak. Das ist auch logisch. Je schmerzlicher der erzwungene serbische Kontrollverlust in Bosnien-Herzegowina sein wird, desto wütender wird sich die Belgrader Führung in die serbische Herrschaft in diesen zu Rest-Jugoslawien gehörenden Provinzen mit starken Bevölkerungsanteilen anderer Nationalitäten festbeißen. Die 400.000 Ungarn in Vojvodina können davon schon ein Lied singen. Der ungarische Außenminister Geza Jaszszky weiß, warum er jetzt die Entsendung von KSZE-Einheiten dorthin und ins Kosovo gefordert hat. Die schlimmste Schlacht könnte tatsächlich dort geführt werden, wo fast 2 Millionen Albaner genau da leben, wo die Serben ihren heiligen geschichtlichen Boden sehen, mit dem historischen Amsfeld und den mittelalterlichen Klöstern aus der Zeit des einstigen großserbischen Reiches - im Kosovo. Immerhin: die KSZE beschloß jetzt die Entsendung einer Sondierungskommission in die Vojvodina, den Sandschak und den Kosovo. Das ist ein Zeichen dafür, daß man die Gefahren begreift, die erst noch bevorstehen. Eine politische Konzeption für die Zukunft dieser Regionen gibt es allerdings bisher nirgends.

Die Absicht Milosevics könnte zu falschen Triumphreaktionen im Westen führen. Sein Rücktritt würde das internationale Ansehen Serbiens entlasten. Im Lande selbst aber sind neue Turbulenzen wahrscheinlich, und der Bürgerkrieg um Bosnien-Herzegowina würde nicht aufhören. Der Westen säße in der Erwartungsfalle, die er sich - wieder einmal in dieser Region - selber aufgestellt hat.

(-/12. Juni 1992/rs/ks)

Demokratieprozeß in Thailand macht Fortschritte

Zur Ernennung des Zivilisten Anand zum Premierminister des südostasiatischen Landes

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages

Der thailändische König, der immer deutlicher eine zentrale Rolle im Demokratie-Prozeß in Thailand spielt, hat den Zivilisten Anand Panyarachun zum Übergangspräsidenten ernannt. Dies ist schon deshalb ein deutliches Zeichen, weil er damit nicht den Wunsch nachkam, den früheren Luftwaffengeneral Somboon Rahong, der sowohl vom pro-militärischen Sechs-Parteien-Block als auch, wie der zurückgetretene Premier Suchinda, vom Militär favorisiert wurde.

Der neue Weg Thailands hat sich damit weiter durchgesetzt. Rahong wäre als wohl kaum bessere Alternative zu dem zum Rücktritt gezwungenen Premierminister Suchinda von der Demokratiebewegung und großen Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert worden. Der Versuch, Rahong durchzusetzen, zeigt aber auch, daß die konservativen politischen und die militärischen Kräfte in Thailand noch längst nicht bereit sind, ihren bislang entscheidenden Einfluß auf die thailändische Politik aufzugeben. Der Vorschlag Rahong zeigt sogar, daß sich diese Kräfte nach dem erzwungenen Rücktritt ihres Favoriten Suchinda neu gesammelt haben.

Das bedeutet aber auch, daß die Rolle des Demokratie-Befürworters König Bhumipol wachsen wird. Nur ein Demokratie-Bündnis des Königshauses mit der demokratischen Opposition kann eine einigermaßen gesicherte demokratische Veränderung in Thailand herbeiführen.

Das Wirtschaftswachstum Thailands, die Modernisierung der thailändischen Gesellschaft, der wachsende Mittelstand und eine selbstbewußtere Arbeitnehmerschaft werden es den konservativen Kräften, insbesondere dem Militär schwer machen, ihre bisherige Machtpositionen zu halten. Eine Schwächung der Bedeutung und der Stellung des Militärs wird zunehmend auch durch das Fortschreiten der Befriedung in den Nachbarländern eintreten. Eine relevante Ausnahme bildet bis auf weiteres noch das Militärregime in Birma.

Der Übergangspräsident Anand, der schon einmal den Übergang zur Demokratie gesucht und versucht hat, will erklärtermaßen nur vier Monate im Amt bleiben und Neuwahlen ausschreiben.

Der dann neu zu wählende Premier muß Mitglied des neugewählten thailändischen Parlamentes sein. Eine politische Forderung der Opposition, die jetzt vom Parlament im Wege der Verfassungsänderung beschlossen worden ist. Auch dies ist ein wichtiger politischer Schritt auf dem Wege der Demokratisierung Thailands.

(-/12. Juni 1992/rs/ks)

Hilfe zur Selbsthilfe gegen den Hungertod leisten

Zur Notwendigkeit einer Wende in der bayerischen Entwicklungshilfe

Von Herbert Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die bayerische Entwicklungshilfe für Dritte-Welt-Länder muß auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Alle bisherigen Maßnahmen der einzelnen Ministerien gehören auf den Prüfstand. Angesichts des Bevölkerungswachstums und der Ausbeutung der Dritte-Welt-Länder durch die Industrienationen angesichts der katastrophalen Folgen für die Umwelt und für die

Lebensbedingungen, angesichts der daraus folgenden Armutsbewegung muß sich Entwicklungshilfe zu einer echten "Hilfe zur Selbsthilfe" umorientieren. Studentenaustausch, Seminare und Schulungen sind zwar auch wichtig, doch davon profitiert nur eine kleine Oberschicht. Die Frauen, Männer und Kinder in den Dörfern Afrikas oder Asiens sind damit nicht vor dem Verhungern zu bewahren.

Um die "Wende bayerischer Entwicklungshilfe" einzuleiten, ist es erforderlich, daß zunächst einmal eine ungeschminkte Bestandsaufnahme sämtlicher Maßnahmen erfolgt, die von Staats wegen zur Zeit laufen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf detaillierte Information vor allem auch über die Effektivität der von ihren Steuergroschen finanzierten Unterstützung. Die Regierung muß sich dieser Kontrolle stellen - und zwar nicht auf Kongressen mit schönen Reden, sondern vor dem Parlament mit ausführlicher Diskussion. An diese Analyse muß sich ein breiter Erfahrungsaustausch mit allen in der Entwicklungshilfe tätigen Organisationen anschließen. Dazu gehören die Bürgerinitiativen ebenso wie die caritativen Verbände und die als "Nicht-Regierungs-Organisationen" (NRO) anerkannten Gruppen. Aus diesen Erkenntnissen muß dann ein Konzept entwickelt werden, dessen Durch- und Ausführung der ständigen parlamentarischen Kontrolle zu unterliegen hat.

Die bisherige bayerische Entwicklungshilfe ist ein Sammelsurium von verschiedensten Initiativen in unterschiedlichsten Ländern und Gegenden und hinsichtlich ihres Nutzens weitgehend undurchsichtig. Der Staatsregierung und der CSU-Mehrheit ist vorzuwerfen, die Notwendigkeit neuer Wege der Hilfe für die Dritte-Welt-Länder überhaupt noch nicht begriffen zu haben und sich sogar den Einsichten des aus ihren eigenen Reihen stammenden Entwicklungshilfeministers Spranger zu verschließen. Dieser sieht seinen Schwerpunkt in der Förderung von Nicht-Regierungs-Organisationen, die den armen Ländern Hilfe zur Selbsthilfe leisten, und das insbesondere im ländlichen Raum. Die CSU dagegen hat einen genau auch in diese Richtung laufenden Antrag der bayerischen SPD-Landtagsfraktion kurzerhand abgeschmettert.

Wir wollen, daß Bayern seine Entwicklungshilfe in Zukunft vor allem auf Projekte konzentriert, die von kommunalen, kirchlichen und von engagierten Bürgern getragenen Organisationen durchgeführt werden. Es gibt eine Vielzahl von Trägern von "Dorfentwicklungs-Projekten", die bayerische Nicht-Regierungs-Organisationen in der "Dritten Welt" realisieren. Sie leisten in den Dörfern "Hilfe zur Selbsthilfe" und haben sich das Vertrauen der betreuten Menschen erworben. Auch garantieren sie, daß Spenden und Steuergelder für die wirklich Hilfsbedürftigen ausgegeben werden. Es geht darum, die Lebenssituation der Bevölkerung zu verbessern, um so auch zu verhindern, daß die Hungern zu Armutsflüchtlingen werden.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Frauen und Männer in den Dörfern der Dritte-Welt-Länder ihren Grund und Boden nicht verlassen müssen und ihrer Kultur und Tradition nicht entrissen werden. Das liegt nicht zuletzt auch deshalb im Interesse aller Länder, weil die Bearbeitung der kargen Äcker - beispielsweise im Sahel - eines der wenigen Mittel ist, die weitere Versteppung zu bremsen. Dazu bedarf es vielerlei praktischer Hilfen, die direkt in den Dörfern erfolgen müssen. Statt sich in verschiedenartigsten Bereichen und allen möglichen Ländern zu verzetteln, muß sich der Freistaat auf einige gezielte Vorhaben festlegen.

Zur Koordination der bayerischen Maßnahmen hat die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag ein Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit vorgeschlagen. Dies wurde von der CSU aber ebenso abgelehnt wie die Einsetzung einer Enquete-Kommission "Einwanderungspolitik", die sich mit der Frage der Zuwanderungs- und Integrationsproblematik befassen und Strategien überlegen sollte, wie den Fluchtursachen aus den armen Ländern der Welt zu begegnen ist.

(-12. Juni 1992/rs/ks)
